

Gute Nachricht für die Zeitgeschichte

Bundesregierung gibt Millionen Geheimakten frei

60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland sollen Forschung und Öffentlichkeit Verschlussakten des Bundes möglichst zügig und vollständig zugänglich gemacht werden. Das sieht eine Regelung vor, die die Bundesregierung am 16. September 2009 kurz vor dem Ende der Legislaturperiode noch beschlossen hat. Damit wird die Forderung des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands nach einer Neuregelung der Verschlussaktenanweisung (VSA) erfüllt, die die Freigabe von Geheimakten regelt. In einem Schreiben an Bundesinnenminister Schäuble vom 4. März 2009 hatte der Vorstand nachdrücklich auf den desolaten Zustand für die zeitgeschichtliche Forschung hingewiesen und eine systematische und automatische Freigabe von VS-Akten in einem transparenten und praktikablen Verfahren gefordert.

Die Neuregelung sieht vor, dass die VS-Akten stufenweise freigegeben werden. Grund dafür ist die Fülle des Aktenmaterials, das in einem aufwendigen bürokratischen Verfahren gesichtet werden muss, ehe es frei gegeben werden kann. Allein im Bundesministerium des Innern befinden sich 100 000 Vorgänge, in denen sich etwa 1,5 Millionen VS-Dokumente befinden. Eine ähnlich große Anzahl ist jeweils in den Akten des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums zu vermuten. Außer den übrigen Bundesministerien kommen noch Akten zentraler Bundesbehörden und der Nachrichtendienste hinzu. Bedenkt man, dass auch auf der Ebene der Landesregierungen und der Landesbehörden zahlreiche VS-Akten existieren, wird deutlich, vor welcher Herausforderung die zeitgeschichtliche Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik steht.

Im Einzelnen gilt nach dem Beschluss der Bundesregierung folgende Regelung:

1. Die VS-Akten der Jahre 1949 bis 1959 werden bis Ende 2012 frei gegeben.
2. Die VS-Akten der Jahre 1960 bis 1994 werden ab 2013 schrittweise (drei Jahrgänge pro Kalenderjahr) frei gegeben.
3. Für Verschlussakten, die ab 1995 erstellt wurden, gilt bereits die 30-Jahres-Frist.

Mit der bis zum Jahresende umzusetzenden Neuregelung wird ein systematisches und handhabbares Verfahren zur Öffnung von Verschlussakten eingeführt.

Die gute Nachricht trotz dieser langen Freigabefristen ist, dass der Forschung künftig auf besonderen Antrag auch außerhalb der genannten Fristen Zugang zu VS-Akten gewährt wird. Faktisch gilt also bereits jetzt für zeitgeschichtliche Forschungsprojekte die 30-Jahresfrist. Die Freigabe von VS-Dokumenten, die vor 1979 entstanden sind, dürfte demnach prinzipiell keine Schwierigkeiten mehr bereiten, sofern nicht wichtige Fragen der inneren und äußeren Sicherheit berührt werden. Allerdings ist ein langer Bearbeitungszeitraum von sechs bis acht Monaten einzukalkulieren.

Bei aller Kritik an dem hohen bürokratischen Aufwand, der in den nächsten 15 Jahren bis zur automatischen Freigabe von VS-Akten nach der allgemeinen Einführung der 30 Jahresfrist im Jahr 2025 zu leisten sein wird, können wir Historikerinnen und Historiker mit der jetzt geltenden Regelung leben. Entscheidend wird sein, wie sich die Freigabepaxis entwickeln wird. Maßstab für den Historikerverband wird sein, was Bundesinnenminister Schäuble in einer Pressemitteilung erklärte: „Historiker und Journalisten, aber auch die interessierte Öffentlichkeit, können künftig deutlich umfassender Zeugnisse unserer politischen Geschichte nutzen. Die Neuregelung folgt dem Grundsatz weitestmöglicher Transparenz und trifft einen angemessenen Ausgleich zwischen öffentlichem Zugang und notwendiger Geheimhaltung.“

Josef Foschepoth, Freiburg

Weitere Informationen (Katalog von Fragen und Antworten) unter www.bmi.bund.de.